

KONVENT DER 33

SYNOPSIS: ACHTE SITZUNG vom 09.09.2016

Grundsatzdiskussion zu

GESETZGEBUNGSKOMPETENZEN

Beginn Sitzung: 18.10 Uhr

Ende Sitzung: 21.01 Uhr

Anzahl der abwesenden Mitglieder: 5

(Bizzo Roberto, Perathoner Christoph, Ploner Edith, Senesi Laura, Silvestri Alexandra)

Wortprotokoll: abrufbar auf www.konvent.bz.it

(Anzahl der Wörter: 17.166; Seiten: 59)

Schlagwörter: Region, Kompetenzen, Autonomie, Reform, Consulta

Wortmeldungen: 102; Personen, die sich zu Wort gemeldet haben: 23

Allgemeine Vorbemerkungen

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den Zusammenfassungen der Sitzungen des Konvents der 33 nicht um ein Ergebnisprotokoll handelt, sondern um eine Synopse rein inhaltlicher Natur. Aufgezeichnet werden die verschiedenen Positionen bzw. Vorschläge, die während der Sitzungen aufgeworfen wurden. Dabei wird keine Wertung der Aussagen vorgenommen und keine repräsentative Grundgesamtheit gesucht. Ebenso wird von jeglicher politischer Wertung, einer wissenschaftlichen Analyse und der namentlichen Nennung der Konventsmitglieder abgesehen. Eine Ausnahme wird in Bezug auf Impulsgeber oder Experten gemacht, die während der Sitzungen referieren. Die Synopse wird von der EURAC in deutscher Sprache verfasst und zur Freigabe dem Präsidium des Konvents der 33 übermittelt. Nach dem Aufzeichnen von Grundsätzlichem und den Kernaussagen wird – sofern vorhanden – auf Dokumente verwiesen, die in den Sitzungen andiskutiert bzw. dem Konvent der 33 übermittelt wurden und für dessen Arbeit relevant sind (Anlagen in Originalsprache). Aufzählungen erfolgen im Regelfall in alphabetischer Reihenfolge. Beim Verfassen der Synopsen bemüht man sich um die Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe, doch sei darauf verwiesen, dass alle nicht geschlechtsneutral verwendeten Begriffe durchgehend für die weibliche als auch männliche Bezeichnung stehen. Die Wortprotokolle und die Aufzeichnungen der Sitzungen sind auf www.konvent.bz.it unter Dokumente bzw. Videos abrufbar.

1. Inhaltliche Einführung der Senatoren Hans Berger und Francesco Palermo zum Verfassungsgesetzentwurf Nr. 2220/16 und Reaktionen darauf

Die Senatoren Hans Berger und Francesco Palermo erläutern die Arbeiten und Inhalte der vier Verfassungsgesetzentwürfe (s. Anlagen), welche zurzeit im Parlament in Rom aufliegen. Schwerpunkt der Diskussion war der Verfassungsgesetzentwurf Nr. 2220, der im Januar 2016 im Senat eingereicht wurde und dessen Inhalt die Ergebnisse der Arbeiten der Expertenkommission aufgreift (Bestandsaufnahme und Ausbau des Kompetenzkatalogs der Autonomen Provinz Bozen), die von den Landeshauptmännern Arno Kompatscher und Ugo Rossi Ende 2014 eingesetzt wurde und im Jänner 2015 arbeitete (s. hierzu auch Sitzung vom 02.09.2016). Laut den Senatoren sei das „gute Klima“ in Rom zu nutzen, um so viel wie möglich für Südtirols Autonomie mittels verschiedener Kanäle und Instrumente herauszuholen.

Nach einer kurzen Ausführung der Kernaspekte des Verfassungsgesetzentwurf seitens der Senatoren (Übertragung der Zuständigkeiten für die örtlichen Körperschaften von der regionalen auf die Landesebene, Festschreibung sämtlicher sekundärer oder konkurrierender Gesetzgebung als primäre Kompetenz der beiden Landesteile; Ausbau der Autonomie mittels Auflistung zusätzlicher Kompetenzen in verschiedenen Bereichen, z.B. Handel und Umwelt), werden die Arbeitsweise im Parlament, die Beziehungen zur Regierung und den verschiedenen Akteuren erläutert. Die Senatoren betonen, dass die Arbeiten in Rom als Grundlage für die Arbeit des Konvents der 33 und der Consulta im Trentino dienen können.

Kontrovers diskutiert wird, ob der Verfassungsgesetzentwurf aufgrund der derzeitigen politischen Situation und der Verfahrensschritte, dem ein Verfassungsgesetz unterliegt, nur geringe Chancen habe den legislativen *iter* zu durchlaufen. Sollte der Verfassungsgesetzentwurf Chancen im parlamentarischen *iter* haben, müsse man sich bewusst sein, dass man nicht sofort wieder zurückrudern könne; eine Reform des Autonomiestatuts mache man nur alle „30 Jahre“. Auch wenn jeder Gesetzesentwurf schlussendlich eine Art Wunschliste sei, so hinterlasse ein jeder „Spuren“; er läge demnach als Grundlage für zukünftige Politik weiter auf und – im konkreten Fall – bedeute dies, dass die Region, die keine Daseinsberechtigung habe, aufrechterhalten bliebe.

Die Senatoren weisen darauf hin, dass die Region nur mit Einverständnis von Trient abgeschafft werden könne und laden den Konvent der 33 ein auch dahingehend zu arbeiten. Die Überarbeitung und Anpassung des Autonomiestatuts könne nur „von innen“ funktionieren. Man müsse sich auf das Statut als Rechtsquelle mit Verfassungsrang verlassen und nicht nur auf externe Rechtsquellen, da jene verschiedenen Gefahren unterliegen. Die Methode des Konvents sei eine neue Arbeitsmethode, die den Vorteil habe, fern der Alltagspolitik agieren zu können; deshalb solle die Politik die Wichtigkeit des Konvents der 33 nicht verkennen. Trotz der unterschiedlichen Arbeitsweisen und Legitimation (Parlamentarier sind vom Volk gewählt und der Konvent der 33 wurde als Hilfsorgan vom Südtiroler Landtag eingesetzt), arbeite man für dasselbe Ziel und nehme jegliche Empfehlung von Seiten des Konvent der 33 gerne mit in die parlamentarischen Arbeiten auf bzw. orientiere man sich an dessen Meinungen bei der eigenen Arbeit (z.B. sollte - wenn möglich - hinsichtlich der zukünftigen Rolle der Region jede Empfehlung schon in Abstimmung mit der

Autonomen Region Trentino an die Parlamentarier weitergeleitet werden). Man könne als Parlamentarier die Arbeiten in Rom nicht stoppen, aber man könne verstärkt mit dem Konvent der 33 in Austausch treten.

2. Kernaussagen der verschiedenen Diskussionsbeiträge

a) Der Informationsaustausch, die Kommunikation und die Rolle des Konvents

Die Kommunikationskanäle zwischen dem Konvent der 33 und allen Akteuren, die auf verschiedenen Ebenen zur Überarbeitung und Anpassung des Autonomiestatuts arbeiten, wurden ausführlich diskutiert. Dem Informationsmangel solle Einhalt geboten werden und das Präsidium des Konvents der 33 solle Wege finden, damit der Konvent der 33 besser vernetzt werde und all seine Mitglieder über den gleichen Wissensstand bzgl. derzeitiger Verfassungsgesetzentwürfe verfügten. Der Konvent sei ein Schiff, das im Meer dahintreibe und allein gelassen würde. Die geringe Wertschätzung, die man der Arbeit des Konvents der 33 bisher zuteile, werfe sowohl in Südtirol als auch in Rom kein gutes Bild ab. Als unabhängiges Hilfsorgans des Südtiroler Landtages solle der Konvent einen Wunschkatalog ausarbeiten. Am Ende seiner Arbeit stehe ein Entwurf für eine „organische Weiterentwicklung“ der Südtiroler Autonomie.

Zur Zusammenarbeit mit den Parlamentariern, den Informations- und Kommunikationskanälen zwischen dem Konvent der 33 und anderen Akteuren, und zum Verfassungsgesetzentwurf Nr. 2220/16 gab es verschiedenste Wortmeldungen, die in folgende Kernaussagen zusammengefasst werden können: die Arbeit der Parlamentarier und der Verfassungsgesetzentwurf seien Teil des normalen politischen Prozesses und präjudizieren die Arbeit des Konvents der 33 nicht; die Aufgabe des Konvents der 33 sei es, einen „Wunschkatalog“ bzw. eine „erweiterte Wunschliste“ zu erstellen, wobei einige Teile daraus möglicherweise auch nicht umgesetzt würden; die Arbeit der Parlamentarier könne nicht im Widerspruch stehen zur Arbeit im Konvent der 33 (bezuggenommen wird auf den Teil des Verfassungsgesetzentwurf Nr. 2220/16, der die Region aufwertet; nun gebe es endlich die Möglichkeit, die Region, die der Autonomen Provinz Bozen auferzungen worden sei, abzuschaffen); der Konvent der 33 habe als Hilfsorgan keine Entscheidungskraft, doch solle er eine Stellungnahme zum Verfassungsgesetzentwurf erarbeiten und dem Südtiroler Landtag unterbreiten; der Konvent der 33 sei nicht legitimiert den Parlamentariern oder dem Südtiroler Landtag Vorschriften zu machen, seine Aufgabe sei das Erarbeiten von Positionen, die die Wünsche der Südtirolerinnen und Südtiroler reflektieren und dementsprechend müsse sich der Konvent der 33 mit allen vernetzen; der Konvent der 33 habe nicht die Kompetenz und Aufgabe zu Gesetzesentwürfen, die tagespolitisches Geschäft der Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind, Gutachten zu schreiben; die Landtagsabgeordneten, die dem Konvent der 33 beiwohnen, können dem Landtag die Stimmung im Konvent näher bringen; gemeinsame Sitzungen mit den Parlamentariern der Autonomen Region Trentino-Südtirol und dem Südtiroler Landtag können den Informationsaustausch fördern und Klarheit schaffen, wie das Abschlussdokument des Konvents der 33 auszusehen habe; gegensätzliche Aussagen gab es zu gemeinsamen Sitzungen mit der Consulta, der Konvent der 33 solle schon auf einen „eigenständigen Südtiroler Weg bestehen“ auch wenn

gemeinsame Sitzungen die Kommunikation fördern könnten; der Informationsaustausch mit der Schutzmacht Österreich sei zu stärken.

b) Der Kompetenzkatalog der Autonomen Provinz Bozen und dessen Schranken

Der Kompetenzkatalog des Landes soll ausgeweitet werden, indem man insbesondere auf die Qualität der Kompetenzen und die Zielsetzung der Kompetenz achtet. Die konkurrierenden Kompetenzen sollen in primäre umgewandelt werden. Diskutiert werden die Schranken der Autonomie, die sich durch die Querschnittskompetenzen ergeben, welche als Rechtsquelle ausschließlich aus der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs hervorgehen und deshalb nicht einfach als Tatbestand hingenommen werden dürfen. Der Konvent der 33 müsse sich um die Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen Gedanken machen, allerdings sei es viel wichtiger, dass ein „Schutzschild“ gefunden werde, um die Zuständigkeiten effektiv zu schützen. Eine präzise Bestandsaufnahme der Kompetenzen bzw. die Einführung einer Residualkompetenz zugunsten der Autonomen Provinz Bozen seien gute Ansätze, reichen aber nicht aus. Der Konvent der 33 müsse u.a. folgende Frage im Detail eruieren: Welche Mechanismen und Methoden braucht Südtirol, um seine Kompetenzen „verfassungsgerichtshofsicher“ zu machen? Aufgeworfen wird auch die Notwendigkeit der Überarbeitung und Verbesserung von Schlichtungsverfahren und Kompetenzstreitverfahren. Ein Vorschlag hierzu – sofern juristisch machbar – ist die Ausweitung des Modells der Durchführungsbestimmung Nr. 266/1992 (Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für Trentino-Südtirol über die Beziehung zwischen staatlichen Gesetzgebungsakten und Regional- und Landesgesetzen sowie über die staatliche Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis), das die direkte Anwendung von Staatsgesetzen in Bereichen, in den die Autonome Provinz Bozen zuständig ist, ausschließt.

In der Diskussion zum Ausbau der Autonomie bzw. zum Kompetenzkatalog und der Rechtssicherheit derzeitiger Kompetenzen wird konkret folgendes andiskutiert: die Abschaffung der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis; die Beibehaltung folgender Schranken für die autonome Gesetzgebung: Verfassung, EU-Richtlinien, internationale Verträge (das nationale Interesse sowie der Grundsatz von Reformen dürfen keine Schranken sein); die Befugnis internationale Verträge abschließen zu können; die Übertragung aller Kompetenzen im Schulbereich und Lehrlingswesen (auch Anerkennung der einzelnen Titel); die eigenständige Umsetzung von EU-Normen; eine Klarstellung bzw. allumfassende Zuständigkeit in den Bereichen des Transport-, Sport-, Telekommunikations- und Vergabewesens; im Bereich der Energie solle geklärt werden, ob die Autonome Provinz Bozen bzgl. der Wasserkonzessionen, der Produktion, der Verteilung und des Transportes von Energie die Zuständigkeit habe; im Bereich der Hygiene und Sanität habe Südtirol den Großteil der Zuständigkeiten inne, doch werde die Autonomie u.a. auch in diesem Bereich immer wieder ausgehöhlt und könne noch um Teilaspekte ergänzt werden (z.B. was Spritzmittel und Hygienevorschriften und die allgemeine Kontrollfunktion im Bereich des Sanität und Hygiene betrifft); im Bereich des Personalwesen habe die Autonome Provinz Bozen zwar *de jure* die primäre Kompetenz inne, *de facto* jedoch nicht (Schwierigkeiten beim Thema Gehaltsstopp; Infragestellung der Südtiroler Kollektivverträge); im Bereich der Arbeit solle die Autonome Provinz Bozen die primäre Kompetenz bekommen (man denke an Arbeitssicherheit); Steuerhoheit und die innere Sicherheit mittels einer Landespolizei sollen auch eingefordert werden sowie die Schaffung eines

Landesverfassungsgerichtshofs, der paritätisch zu besetzen sei; im Bereich des Gerichtswesens solle Südtirol nicht immer nur über Außenstellen oder autonome Sektionen verfügen (siehe Verwaltungsgericht und Oberlandesgericht); die Fahne, die Hymne und das Wappen des Landes sollen auch mittels Landesgesetz bestimmt werden können; im Bereich des Minderheitenschutzes gelte es auch die deutschsprachigen Minderheiten im Trentino (Gemeinde Lusern und Fersental) mit zu berücksichtigen.

3. Anlagen

- Verfassungsgesetzentwurf Nr. 5708/12
- Verfassungsgesetzentwurf Nr. 56/16
- Verfassungsgesetzentwurf Nr. 1778/15
- Verfassungsgesetzentwurf Nr. 2220/16

CONVENZIONE DEI 33

SINOSSI: OTTAVA RIUNIONE del 09.09.2016

Discussione di principio sulle **COMPETENZE LEGISLATIVE**

Inizio della seduta: ore 18.10

Termine della seduta: ore 21.01

Numero dei membri assenti: cinque

(Bizzo Roberto, Perathoner Christoph, Ploner Edith, Senesi Laura, Silvestri Alexandra)

Resoconto integrale: scaricabile dal sito: www.convenzione.bz.it

(numero delle parole: 17.166; pagine: 59)

Parole chiave: regione, competenze, autonomia, riforma, Consulta

Interventi: 102; persone che hanno chiesto la parola: 23

Osservazioni preliminari di carattere generale

Si fa presente che la sintesi delle riunioni della Convenzione dei 33 non rappresenta un verbale redatto in forma riassuntiva circa i risultati ma una sinossi circa il mero contenuto. Vengono registrate le diverse posizioni e proposte che emergono dalle riunioni, senza valutare le affermazioni espresse e senza cercare una totalità rappresentativa. Allo stesso modo si prescinde da qualsiasi valutazione politica, da un'analisi scientifica e dalla citazione dei nominativi dei componenti la Convenzione; un'eccezione viene fatta per i promotori oppure per gli esperti che tengono delle relazioni durante le riunioni. La sinossi viene redatta in lingua tedesca dall'EURAC e trasmessa per l'approvazione all'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33. Dopo la registrazione di aspetti sostanziali e di affermazioni centrali si fa riferimento a documenti – purché presenti - che sono stati discussi durante le riunioni o che sono stati trasmessi alla Convenzione dei 33 e che sono importanti per il suo lavoro (allegati in lingua originale). Le elencazioni di norma avvengono in ordine alfabetico. Nella redazione delle sinossi ci si adopera affinché vengano utilizzati concetti neutri rispetto al genere, tuttavia si fa presente che tutti i concetti utilizzati non sono neutri rispetto al genere ma che comunque sono da intendersi come concetti che valgono sia per la forma maschile sia per quella femminile. I verbali integrali e le registrazioni delle riunioni sono disponibili sul sito www.convenzione.bz.it sotto documenti o video.

1. Introduzione sostanziale dei senatori Hans Berger e Francesco Palermo sul disegno di legge costituzionale n. 2220/16 e relative reazioni

I senatori Hans Berger e Francesco Palermo illustrano i lavori e i contenuti dei quattro disegni di legge costituzionali (v. allegati) che ora sono depositati in Parlamento, a Roma. Punto focale della discussione è stato il disegno di legge costituzionale n. 2220 presentato in Senato nel gennaio 2016 ed il cui contenuto riprende i risultati dei lavori della commissione di esperti (punto della situazione ed ampliamento del catalogo di competenze della Provincia autonoma di Bolzano) che è stata insediata dai presidenti delle giunte provinciali di Bolzano e Trento, Arno Kompatscher e Ugo Rossi, alla fine del 2014 e che ha iniziato i lavori nel gennaio 2015 (vedasi a riguardo anche la riunione del 02.09.2016). Secondo i senatori il “clima positivo” a Roma deve essere utilizzato per ricavare quanto più possibile per l’autonomia dell’Alto Adige, utilizzando diversi canali e strumenti.

Dopo una breve esposizione degli aspetti focali del disegno di legge costituzionale da parte dei senatori (trasferimento delle competenze per gli enti locali dal livello regionale a quello provinciale, definizione di tutta la legislazione secondaria o concorrente come competenza primaria delle due province; potenziamento dell’autonomia mediante l’elenco di competenze aggiuntive nei diversi settori, ad esempio commercio e ambiente), vengono illustrati l’iter operativo in Parlamento, i rapporti con il Governo ed i diversi soggetti. I senatori sottolineano che i lavori a Roma possono servire come base di lavoro per la Convenzione dei 33 e la Consulta in Trentino.

Viene discusso in modo controverso se il disegno di legge costituzionale abbia una modesta possibilità di compiere l’iter legislativo previsto, stante l’attuale situazione politica ed il percorso procedurale che soggiace ad un disegno di legge costituzionale. Se il disegno di legge costituzionale dovesse avere delle possibilità per quanto concerne l’iter parlamentare, bisognerebbe essere consapevoli che non si può rimetterlo subito in discussione; una riforma dello statuto di autonomia si fa una volta „ogni trent’anni“. Anche se ogni disegno di legge è una lista dei desideri, ciascuno lascia delle “tracce”, sarebbe una base per la futura politica e, nel caso concreto, ciò significherebbe che la Regione verrebbe mantenuta, anche se non ha ragion d’essere.

I senatori fanno presente che la Regione può essere abolita solo d’intesa con Trento ed invitano la Convenzione dei 33 ad operare in tal senso. La rielaborazione e l’adeguamento dello Statuto di autonomia può funzionare solo „dall’interno“. Bisogna affidarsi allo Statuto come fonte giuridica di rango costituzionale e non solo a fonti giuridiche esterne poiché soggiacciono a diversi pericoli. Il metodo della Convenzione rappresenta un metodo operativo nuovo che presenta il vantaggio di agire lontano dalla quotidianità politica. Per tale motivo la politica non dovrebbe disconoscere l’importanza della Convenzione dei 33. Nonostante i diversi iter operativi e legittimatori (i parlamentari sono stati eletti dal popolo e la Convenzione dei 33 è stata istituita come organo ausiliario del Consiglio provinciale di Bolzano), si lavora per il raggiungimento dello stesso obiettivo e si raccoglie volentieri ogni suggerimento della Convenzione dei 33 nei lavori parlamentari o ci si orienta alle sue opinioni nel proprio lavoro (ad esempio, se possibile, bisognerebbe trasmettere ai parlamentari ogni suggerimento relativo al futuro ruolo della Regione, espresso di concerto con la Regione autonoma Trentino-Alto Adige). Come parlamentare non si possono fermare i lavori a Roma, ma vi potrebbe essere uno scambio più intenso con la Convenzione dei 33.

2. Affermazioni sostanziali dei diversi interventi

a) Lo scambio di informazioni, la comunicazione ed il ruolo della Convenzione dei 33

Si è discusso esaustivamente dei canali di comunicazione tra la Convenzione dei 33 e tutti i soggetti che operano a diversi livelli per elaborare ed adeguare lo Statuto di autonomia. Bisogna arginare la mancanza di informazioni e l'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33 deve trovare dei percorsi affinché la Convenzione dei 33 sia meglio integrata e tutti i suoi componenti dispongano dello stesso background informativo per ciò che concerne i disegni di legge costituzionali attuali. La Convenzione è come una barca che è stata varata nel mare e poi è stata lasciata sola. Il modesto apprezzamento sino a ora espresso circa il lavoro della Convenzione dei 33 non dà un'immagine positiva né in Alto Adige né a Roma. Quale organo ausiliario indipendente del Consiglio provinciale di Bolzano, la Convenzione deve elaborare un catalogo di desiderata. Al termine del suo lavoro vi sarà una bozza per un ulteriore "sviluppo organico" dell'autonomia altoatesina.

La collaborazione con i parlamentari, i canali informativi e di comunicazione tra la Convenzione dei 33 e gli altri soggetti nonché il disegno di legge costituzionale n. 2220/16 sono stati toccati dai diversi interventi che vengono riassunti nelle loro affermazioni sostanziali: l'operato dei parlamentari ed il disegno di legge costituzionale sono parte del normale processo politico e non pregiudicano il lavoro della Convenzione dei 33; il compito della Convenzione dei 33 consiste nel redigere un "catalogo di desiderata" o una "lista di desideri ampliata", di cui probabilmente alcune parti non verranno attuate; il lavoro dei parlamentari non può contrastare con il lavoro della Convenzione dei 33 (viene fatto riferimento alla parte del disegno di legge costituzionale n. 2220/16 che rivaluta la Regione; ora, finalmente, vi sarebbe la possibilità di abolire la Regione che è stata imposta alla provincia autonoma di Bolzano); la Convenzione dei 33 quale organo ausiliario non ha una potestà decisionale, tuttavia deve elaborare un intervento sul disegno costituzionale e sottoporlo al Consiglio provinciale di Bolzano; la Convenzione dei 33 non è legittimata ad effettuare prescrizioni ai parlamentari o al Consiglio provinciale di Bolzano, il suo compito è elaborare le posizioni che riflettono i desideri delle sudtirolesi e dei sudtirolesi ed in tal senso la Convenzione dei 33 dovrebbe integrarsi con tutti; la Convenzione dei 33 non ha la competenza e il compito di redigere dei pareri in merito ai disegni di legge che costituiscono la quotidianità del lavoro delle parlamentari e dei parlamentari; i consiglieri provinciali che assistono alle riunioni della Convenzione dei 33 possono far conoscere al Consiglio provinciale l'atmosfera della Convenzione dei 33; sedute congiunte con i parlamentari della Regione autonoma del Trentino-Alto Adige ed il Consiglio provinciale di Bolzano possono incentivare lo scambio di informazioni e fare chiarezza su come debba essere redatto il documento conclusivo della Convenzione dei 33; affermazioni contrastanti vengono espresse in merito alle sedute congiunte con la Consulta, la Convenzione dei 33 dovrebbe insistere su un "percorso autonomo sudtirolese" anche se le sedute congiunte potrebbero promuovere la comunicazione; deve venire rafforzato lo scambio di informazioni con la potenza tutrice, l'Austria.

b) Il catalogo delle competenze della provincia autonoma di Bolzano ed i suoi limiti

Il catalogo delle competenze della provincia deve venire ampliato, ponendo particolare attenzione alla qualità delle competenze ed ai suoi obiettivi. Le competenze concorrenti debbono essere trasformate in primarie. Vengono discussi i limiti dell'autonomia che derivano dalle competenze trasversali, le quali, quale fonte giuridica, sono ancorate esclusivamente alla giurisprudenza della Corte Costituzionale e pertanto non dovrebbero essere accettate semplicemente come una realtà. La Convenzione dei 33 dovrebbe riflettere sulle competenze della provincia autonoma di Bolzano, tuttavia è molto più importante che venga trovato uno "scudo protettivo" per proteggere effettivamente le competenze. Una rilevazione precisa delle competenze o l'introduzione di una competenza residuale a favore della provincia autonoma di Bolzano costituiscono dei buoni approcci, ma non sono sufficienti. La Convenzione dei 33, tra l'altro, deve porsi in modo approfondito la seguente domanda: di quali meccanismi e metodi necessita l'Alto Adige per "rendere sicure" le sue competenze dalle sentenze della Corte costituzionale? Viene sollevata anche la questione della necessità della rielaborazione e del miglioramento delle procedure di conciliazione e controversie sulle competenze. Una proposta in merito – purché realizzabile giuridicamente – è l'ampliamento del modello della norma di attuazione n. 266/1992 (Norme di attuazione dello Statuto speciale per il Trentino - Alto Adige concernenti il rapporto tra atti legislativi statali e leggi regionali e provinciali, nonché la potestà statale di indirizzo e coordinamento), che esclude l'applicazione diretta di leggi statali nelle materie in cui è competente la provincia autonoma di Bolzano.

Nella discussione relativa al potenziamento dell'autonomia, al catalogo di competenze nonché alla certezza giuridica delle attuali competenze vengono toccati i seguenti temi: l'abolizione del potere di indirizzo e coordinamento; il mantenimento dei seguenti limiti per la legislazione autonoma: Costituzione, direttive Ue, accordi internazionali (l'interesse nazionale nonché il principio delle riforme non possono costituire dei limiti); la potestà di stipulare accordi internazionali; il trasferimento di tutte le competenze nel settore scolastico e dell'apprendistato (anche riconoscimento dei singoli titoli); l'attuazione locale delle norme Ue; un chiarimento o la competenza globale nei settori dei trasporti, sportivo, delle telecomunicazioni, degli appalti; nel settore energetico dovrebbe essere chiarito se la provincia autonoma di Bolzano ha la competenza per ciò che attiene le concessioni per l'utilizzo delle risorse idriche, la produzione, la distribuzione ed il trasporto di energia; nel settore dell'igiene e della sanità all'Alto Adige sono attribuite la maggior parte delle competenze, ma anche in questo settore l'autonomia viene erosa ripetutamente e potrebbe essere integrata da aspetti parziali (ad es. per ciò che concerne gli antiparassitari e le norme igieniche, la funzione generale di controllo nel settore sanitario ed igienico); nel settore del personale la provincia autonoma di Bolzano ha competenza primaria *de jure* ma non di fatto (difficoltà per il tema del blocco del trattamento economico; messa in dubbio dei contratti collettivi sudtirolesi); nel settore del lavoro la provincia autonoma di Bolzano dovrebbe ottenere la competenza primaria (si pensi ad esempio alla sicurezza sul lavoro); dovranno essere richiesti l'autonomia impositiva e la sicurezza interna attraverso una polizia provinciale nonché la creazione di una Corte costituzionale provinciale da comporre pariteticamente; nel settore giudiziario l'Alto Adige non dovrebbe disporre sempre e solo di sedi distaccate o sezioni autonome

(v. Tribunale amministrativo e Corte d'Appello); la bandiera, l'inno e lo stemma della provincia devono essere fissati da legge provinciale; nel settore della tutela delle minoranze vanno considerate anche le minoranze germanofone del Trentino (Comune di Luserna e della Valle del Fersina).

3. Allegati

- Disegno di legge costituzionale n. 5708/12
- Disegno di legge costituzionale n. 56/16
- Disegno di legge costituzionale n. 1778/15
- Disegno di legge costituzionale n. 2220/16